

Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Gemeinde Genderkingen

Die Gemeinde Genderkingen erlässt aufgrund der Art. 23 und 24 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern folgende Satzung:

§ 1 Gegenstand der Satzung

Zum Zwecke einer geordneten und würdigen Totenbestattung, insbesondere der Einwohner, betreibt die Gemeinde als öffentliche Einrichtungen den Friedhof und das Leichenhaus in Genderkingen.

§ 2 Benutzungsrecht und Benutzungszwang

Das Recht und die Pflicht zur Benutzung der einzelnen Bestattungseinrichtungen bestimmt sich nach Maßgabe dieser Satzung.

§ 3 Benutzungsrecht und Verwaltung des Friedhofs

- (1) Friedhof und Leichenhaus stehen im Eigentum der Gemeinde Genderkingen.
- (2) Friedhof und Leichenhaus werden von der Gemeinde als Friedhofsträger verwaltet und beaufsichtigt.
- (3) Der Friedhof dient nach Maßgabe des § 1 der Beisetzung
 - a) aller Personen, die bei ihrem Tod in der Gemeinde ihren Wohnsitz oder Aufenthalt hatten,
 - b) der im Gemeindegebiet Verstorbenen oder tot Aufgefundenen, wenn eine ordnungsgemäße Beisetzung nicht anderweitig sichergestellt ist,
 - c) der durch Grabnutzungsrechte berechtigten Personen.
- (4) Die Benutzung durch andere Personen bedarf der Erlaubnis durch die Gemeinde.
- (5) Für Tot- und Fehlgeburten gilt Art. 6 des Bestattungsgesetzes.

§ 4 Benutzungszwang und Ausnahmen

- (1) Die in der Gemeinde Verstorbenen müssen im gemeindlichen Friedhof beigesetzt werden.
- (2) Auf Antrag hat die Gemeinde vom Benutzungszwang zu befreien, wenn
 - a) es sich um eine in der Gemeinde verstorbene Person handelt, die zum Zeitpunkt ihres Todes ihren Wohnsitz außerhalb des in § 1 genannten Bereiches hatte oder
 - b) der Verstorbene ein Recht auf Beisetzung in einem anderen Friedhof hatte oder
 - c) die auswärtige Beisetzung aus einem wichtigen Grund gewünscht wird

und die ordnungsgemäße Überführung und die ordnungsgemäße Beisetzung in einem anderen Friedhof sichergestellt ist und auf Verlangen der Gemeinde nachgewiesen wird.

- (3) Die Gemeinde kann auf Antrag aus anderen wichtigen Gründen vom Benutzungszwang befreien.
- (4) Die Bestimmungen über die Pflicht zur Benutzung des gemeindlichen Leichenhauses werden hiervon nicht berührt.

§ 5 Grabarten, Größe und Nutzungsrecht für Angehörige

- (1) Es werden folgende Arten von Grabstätten unterschieden:
 1. Einzelgräber
 2. Familiengräber
 3. Kindergräber
 4. Urnengräber.

(2) Die Grabstätten haben in der Regel folgende Ausmaße:

1. Einzelgräber	Länge 1,80 m	Breite 1,00 m
2. Familiengräber	Länge 1,80 m	Breite 1,80 m
3. Kindergräber	Länge 1,50 m	Breite 0,80 m
4. Urnengräber	gestaltet als Stelen mit jeweils mehreren Grabstellen.	

Vorhandene Grabstätten mit abweichenden Größen, insbesondere größeren Breiten, haben bezüglich der Maße Bestandschutz. Bei Neugestaltungen sind solche Gräber nach Möglichkeit auf die oben genannten Maße festzulegen; § 24 Abs. 3 gilt entsprechend.

(3) Der Grabzwischenraum muss mindestens 0,60 m betragen.

(4) Die Mindesttiefe eines Grabes von der Sohle bis zur Erdoberfläche beträgt 1,80 m, bei Doppelbelegung 2,20 m, bei Kindergräbern 1,10 m. Die Erdschicht über dem Sargdeckel der zuletzt bestatteten Leiche muss mindestens 0,90 m – gemessen bis zum Friedhofsniveau (nicht Grabhügel) – betragen.

(5) In den Grabstätten können innerhalb der zulässigen Benutzungsdauer der Grabnutzungs-berechtigte und seine Angehörigen bestattet werden. Als Angehörige gelten:

- a) Ehegatten
- b) Verwandte auf- und absteigender Linie
- c) Geschwister
- d) Ehegatten der unter b) und c) bezeichneten Personen und
- e) Lebenspartner.

Die Bestattung anderer Verstorbener bedarf der Genehmigung der Gemeinde.

§ 6 Einzelgräber

Einzelgräber können für die Belegung mit einer zweiten Leiche während der Ruhefrist (§ 21) nur dann zugelassen werden, wenn die zuerst verstorbene Person tiefer gelegt wurde. Zusätzlich dürfen bis zu 4 Urnen beigesetzt werden.

§ 7 Familiengräber

(1) Familiengräber sind alle Erdgräber mit Ausnahme der Einzelgräber und der Kindergräber. Sie bestehen in der Regel aus zwei Grabstellen. Ab einer Mindestbreite von 2,40 m bestehen drei Grabstellen, ab einer Mindestbreite von 3,20 m bestehen vier Grabstellen. Jede Grabstelle kann während der Ruhefrist (§ 21) nur dann für die Belegung mit einer zweiten Leiche zugelassen werden, wenn die zuerst verstorbene Person tiefer gelegt wurde.

(2) Je Grabstelle dürfen bis zu 4 Urnen zusätzlich beigesetzt werden.

(3) Der Ausbau eines Familiengrabes als Gruft ist nicht zugelassen.

§ 8 Kindergräber

In Kindergräber kann während der Ruhefrist nur eine Person, die vor Vollendung des 10. Lebensjahres verstorben ist, beigesetzt werden.

§ 9 Urnengräber

In Urnengräbern können nur Behälter mit Aschenresten Verstorbener beigesetzt werden. Die Urnengräber sind als Stelen errichtet und je nach Größe für die Aufnahme von zwei oder drei Aschebehältern bestimmt.

§ 10 Rechte an Grabstätten

- (1) Alle Gräber im Friedhof bleiben auch während der Ruhefrist im Eigentum der Gemeinde Gendorkingen. An ihnen können Rechte nur nach dieser Satzung erworben werden.
- (2) An den Gräbern wird gegen eine Gebühr ein Grabrecht (Grabnutzungsrecht) erworben. Dieses Recht wird nur jeweils einer Person eingeräumt.
- (3) Die Dauer des Grabrechts wird von dem Zeitpunkt des Erwerbs an gerechnet, ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt einer Belegung. Das Grabrecht ist bei Belegung mindestens für die Dauer der Ruhefrist zu erwerben beziehungsweise zu verlängern.
- (4) Das Grabrecht erlischt nach Ablauf der Ruhefrist, wenn es nicht mit Zustimmung der Gemeinde verlängert wird. Die Verlängerung wird nur um die jeweils volle Ruhefrist (§ 21) oder in Schritten von fünf Jahren zugelassen. Das Grabrecht erlischt außerdem, wenn die Auflassung eines Friedhofes oder eines Friedhofsteiles verfügt wird.
- (5) Von dem Ablauf der Grabrechtsdauer wird der Berechtigte durch die Friedhofsverwaltung benachrichtigt. Ist die Anschrift des Grabberechtigten nicht bekannt, wird auf den Ablauf des Grabrechts durch die Anbringung einer Tafel auf die Dauer von drei Monaten, und zwar vom 1. Oktober bis 31. Dezember des Fälligkeitsjahres, aufmerksam gemacht. Versäumt es der Berechtigte, ein Grabrecht zu verlängern, so kann die Friedhofsverwaltung vom Zeitpunkt des Erlöschens ab über das Grab anderweitig verfügen.
- (6) Die Übertragung des Grabrechts unter Lebenden bedarf der Genehmigung der Gemeinde. Der künftige Grabnutzungsrechte muss vor Umschreibung des Benutzungsrechtes schriftlich zustimmen.
- (7) Beim Tode des Berechtigten geht das Grabrecht auf die in der letztwilligen Verfügung genannte Person über. Ist eine Verfügung nicht getroffen, so geht das Recht in der Reihenfolge des § 5 Abs. 5, jedoch nur auf eine der dort genannten Personen, über. Einigen sich mehrere Berechtigte gleicher Rangfolge über die Rechtsnachfolge nicht, so ist der im Haushalt mit dem Verstorbenen lebende Berechtigte bzw. im Zweifelsfall zuerst der älteste Berechtigte zur Übernahme berechtigt und verpflichtet.

§ 11 Beschränkung der Rechte an Grabstätten

- (1) Das Grabrecht kann durch die Gemeinde entzogen werden, wenn die Grabstätte aus besonderen Gründen an dem Ort nicht mehr belassen werden kann. Das Einverständnis des Benutzungsberechtigten ist erforderlich, falls die Ruhefrist des zuletzt in dem Grabe Bestatteten noch nicht abgelaufen ist.
- (2) Bei Entzug des Benutzungsrechtes wird dem Benutzungsberechtigten eine möglichst gleichwertige andere Grabstelle auf die Dauer der restlichen Nutzungszeit zugewiesen.

§ 12 Pflege und Instandhaltung der Gräber

- (1) Die Gräber sind spätestens 2 Monate nach der Beisetzung würdig herzurichten und dauernd ordnungsgemäß instandzuhalten.
- (2) Werden die Grabstätten trotz Aufforderung nicht in angemessener Frist entsprechend den Vorschriften instandgehalten, können sie auf dem Wege der Ersatzvornahme auf Kosten der Pflichtigen hergerichtet werden.
- (3) Zur Bepflanzung der Grabstätten sind nur geeignete niedere Gewächse zu verwenden, die die benachbarten Gräber nicht stören.

(4) Verdorrte Kränze und Blumen sind durch die Verfügungsberechtigten von den Gräbern zu entfernen und ordnungsgemäß zu beseitigen. Nur Kränze und Blumengebinde, die von Drähten und allen nicht verrottbaren Materialien befreit sind, dürfen in dafür vorgesehenen Containern im Friedhof abgelagert werden.

(5) Die Anpflanzung von Bäumen ist nicht gestattet. Sträucher dürfen nicht höher als 1,00 m werden. Bereits bestehende Bäume sowie Sträucher mit über 1,00 m Höhe müssen auf Anordnung der Friedhofsverwaltung entfernt werden.

(6) Die Grabanpflanzung und Bedeckung muss nach Material und Art der Würde des Friedhofs entsprechen.

(7) Die Haupt- und Seitenwege des Friedhofs werden durch das Friedhofspersonal sauber gehalten. Die seitlichen Abstände zwischen den Gräbern sind von den Berechtigten stets rein zu halten.

(8) Bricht an Gräbern, auch außerhalb der Einfassung, Erdreich ein, so hat der Grabnutzungsberechtigte unverzüglich dafür zu sorgen, dass der eingebrochene Bereich mit geeignetem Material aufgefüllt wird.

(9) Der Platz vor den Urnenstelen (§ 9) ist – mit Ausnahme der Zeit unmittelbar nach einer Beisetzung – von Kränzen und Pflanzen frei zu halten; Absatz 4 gilt entsprechend.

§ 13 Größe der Grabdenkmäler

Grabdenkmäler dürfen folgende Maße nicht überschreiten:

1. Grabdenkmäler für Einzelgräber	1,40 m hoch - 1,00 m breit
2. Grabdenkmäler für Familiengräber	1,40 m hoch - 1,50 m breit
3. Kindergräber	1,40 m hoch - 0,60 m breit

Bei den Urnengräbern dient die von der Gemeinde vorgegebene Verschlussplatte als Grabdenkmal.

§ 14 Grabdenkmalgestaltung

(1) Die Grabdenkmäler müssen sich nach Material und Gestaltung ihrer Umgebung einfügen und der Würde und Weihe des Ortes entsprechen.

(2) Nicht gestattet sind Inschriften, die der Weihe des Ortes nicht entsprechen.

(3) Firmenbezeichnungen dürfen nur in unauffälliger Weise und nur seitlich an den Grabdenkmälern angebracht werden.

§ 15 Beseitigungsanordnung

Für Grabmäler, die in Größe und Gestaltung den §§ 13 und 14 nicht entsprechen, kann die Gemeinde die Beseitigung anordnen; § 26 gilt entsprechend.

§ 16 Gründung, Standsicherheit und Entfernung von Grabdenkmälern

(1) Jedes Grabdenkmal muss entsprechend seiner Größe dauerhaft gegründet sein.

(2) Der Grabnutzungsberechtigte hat das Grabmal in einem ordnungsgemäßen, verkehrs- und insbesondere standsicheren Zustand zu erhalten. Er ist für Schäden verantwortlich, die durch Nichtbeachtung dieser Verpflichtung entstehen.

(3) Stellt die Gemeinde Mängel in der Standsicherheit fest, kann sie nach vorheriger, vergeblicher Aufforderung das Grabmal auf Kosten des Grabnutzungsberechtigten entfernen oder den gefährlichen Zustand auf andere Weise beseitigen.

(4) Wird ein Grabrecht nicht verlängert, hat der Nutzungsberechtigte das Grabmal mit Zubehör im Jahr der Fälligkeit bis zum 30. Juni abzuräumen. Konnte kein Nutzungsberechtigter ermittelt werden und blieb eine öffentliche Aufforderung in ortsüblicher Weise (Anschlag an den Gemeindetafeln) ohne Erfolg, so geht das Grabmal drei Monate nach der öffentlichen Aufforderung in das Eigentum der Gemeinde über.

§ 17 Benutzung des Leichenhauses

(1) Alle Verstorbenen müssen nach Vornahme der ersten Leichenschau, möglichst noch am Sterbetag, spätestens am folgenden Tag, in das gemeindliche Leichenhaus verbracht werden. In besonderen Fällen (Überführung) kann die Gemeinde Ausnahmen zulassen.

(2) Die Aufbewahrung einer Leiche in einem Privathaus zur allgemeinen Besichtigung ist nicht gestattet.

(3) In der Regel wird im geschlossenen Sarg aufbewahrt.

(4) Auch ohne Einverständnis der Hinterbliebenen kann zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Gesundheit oder aus Pietätsgründen (z. B. abstoßendes Aussehen der Leiche) die Leiche im geschlossenen Sarg aufbewahrt werden.

(5) Bei rasch verwesenden Leichen wird der Sarg vorzeitig geschlossen.

(6) Leichenöffnungen dürfen im Leichenhaus nicht durchgeführt werden.

(7) Lichtbildaufnahmen im Leichenhaus bedürfen der Erlaubnis der Gemeinde, Lichtbildaufnahmen von Leichen auch das Einverständnis des Auftraggebers der Bestattung.

(8) Eine Kühlanlage steht in der Gemeinde nicht zur Verfügung. Sofern es die Umgebungstemperatur erfordert, ist die Aufbewahrung in einer entsprechenden Einrichtung durch die Bestattungspflichtigen zu beauftragen.

§ 18 Ausstellungsräume

Der Zutritt zu den Ausstellungsräumen, die stets verschlossen zu halten sind, ist dem Friedhofswärter und den dienstlich tätigen Personen gestattet, ebenso den nächsten Angehörigen des Verstorbenen im Beisein des Friedhofswärters.

§ 19 Bestellung einer Grabstätte

Die Bestellung eines Grabes muss mindestens 24 Stunden vor Beginn der Bestattung bei der Friedhofsverwaltung erfolgen.

§ 20 Beerdigung

(1) Bestattungen auf dem gemeindlichen Friedhof sind unverzüglich nach Eintritt des Todes bei der Gemeinde anzuzeigen; die erforderlichen Unterlagen sind vorzulegen.

(2) Den Zeitpunkt der Bestattung setzt die Gemeinde nach Maßgabe der gesetzlichen Bestattungsfrist im Benehmen mit den Hinterbliebenen und den Pfarrämtern fest.

(3) Bei rasch verwesenden Leichen kann, sofern nicht Aufbewahrung gemäß § 17 Abs. 8 Satz 2 sicher gestellt wird, die sofortige Beisetzung im Grab angeordnet werden. Dies gilt auch für Leichen von Personen, die an einer übertragbaren Krankheit im Sinne des Infektionsschutzgesetzes gestorben sind.

(4) Nachrufe, Niederlegungen von Kränzen oder musikalische Darbietungen am Grabe oder in der Aussegnungshalle dürfen erst nach Abschluss der religiösen Zeremonien erfolgen.

(5) Der vom Standesbeamten ausgestellte Nachweis über die Beurkundung des Sterbefalls ist rechtzeitig dem Bestattungsdienst vorzulegen (spätestens 2 Stunden vor der Bestattung). Ohne den Nachweis der Beurkundung darf eine Bestattung nicht stattfinden. Bei nicht natürlichen Todesfällen muss die Leichenfreigabe durch das Gericht vorliegen.

§ 21 Ruhefrist

(1) Die Ruhefrist bei Leichen ab vollendetem 10. Lebensjahr beträgt 20 Jahre und bei Kindern unter 10 Jahren 15 Jahre. Die Ruhefrist von Aschenbehältern beträgt 15 Jahre.

(2) Bei allen Gräbern mit Tieferlegung kann eine weitere Beisetzung während der Ruhefrist in der gleichen Grabstelle erfolgen; die Ruhefrist ist in diesem Falle ab der zweiten Belegung auf die in Abs. 1 angeführte Frist zu verlängern.

§ 22 Leichenausgrabungen und Umbettungen

(1) Leichenausgrabungen und Umbettungen dürfen nur mit Genehmigung der Kreisverwaltungsbehörde vom städtischen Friedhofspersonal vorgenommen werden. Soweit Ausgrabungen nicht vom Gericht oder einer Behörde angeordnet werden, sollen sie in den Monaten September mit Mai, und zwar nur außerhalb der Besuchszeiten des Friedhofs, erfolgen. Zur Ausgrabung bedarf es eines Antrages des Grabnutzungsberechtigten.

(2) Die Teilnahme an Ausgrabungen oder Umbettungen ist nur Amtspersonen der beteiligten Behörden gestattet. Bei Vorliegen besonderer Gründe kann die Anwesenheit weiterer Personen gestattet werden.

(3) Für Schäden, die bei einer Ausgrabung oder Umbettung an benachbarten Grabstätten entstehen, haftet der Gemeinde gegenüber der Antragsteller, soweit nicht ein vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verhalten des Bestattungsdienstes vorliegt.

§ 23 Verhalten auf dem Friedhof

(1) Alle Besucher haben sich ruhig und der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Den Anordnungen der mit der Aufsicht betrauten Person ist Folge zu leisten.

(2) Es ist insbesondere nicht gestattet:

1. Tiere, insbesondere Hunde mitzubringen,
2. zu rauchen, zu lärmern und zu spielen,
3. die Wege mit Fahrzeugen aller Art, insbesondere auch mit Fahrrädern, zu befahren, soweit nicht eine besondere Erlaubnis durch die Gemeinde erteilt wird oder gewerbliche Arbeiten im Sinne des § 24 Abs. 5 ausgeführt werden,
4. Waren aller Art, insbesondere Blumen und Kränze sowie gewerbliche und sonstige Dienste und Leistungen anzubieten,
5. Druckschriften ohne Erlaubnis zu verteilen,
6. Wege, Plätze oder Gräber zu verunreinigen,
7. Abfälle, Abraum usw. an anderen Orten abzulagern, als an den hierfür vorgesehenen und gekennzeichneten Plätzen,
8. Grabhügel, Grabeinfassungen und Grünanlagen zu betreten,
9. unpassende Gefäße (z. B. Dosen, Weckgläser usw.) auf Gräbern aufzustellen oder solche Gefäße und Gießkannen zwischen den Gräbern abzustellen,
10. außerhalb der Öffnungszeiten in einem Friedhof zu verweilen,
11. gewerbsmäßig zu fotografieren.

Die Gemeinde kann Ausnahmen zulassen, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofs und der Ordnung auf ihm vereinbar sind.

§ 24 Arbeiten im Friedhof

- (1) Arbeiten im Friedhof, die gewerbsmäßig vorgenommen werden, bedürfen der Erlaubnis der Gemeinde. Diese kann versagt oder wieder entzogen werden, wenn die ordnungsgemäße Ausführung nicht gewährleistet ist oder wenn trotz Abmachungen gegen die Friedhofssatzung oder Anordnungen der Gemeinde verstoßen wird.
- (2) Die Herstellung der Gräber, die Bestattungen, das Schließen der Gräber sowie Ausgrabung und Wiederbestattung erfolgen durch die Gemeinde oder deren Beauftragten.
- (3) Die Neuanlage einer Grabstelle oder einer wesentlichen Veränderung des Grundrisses der bisherigen Grabstelle hat der Auftraggeber grundsätzlich einen Monat vor der Ausführung durch die Gemeinde genehmigen zu lassen. Wird die Genehmigung nicht eingeholt, muss der Auftraggeber die Kosten für Rückbau oder Anpassung tragen.
- (3) An Sonn- und Feiertagen dürfen gewerbliche oder ruhestörende Arbeiten im Friedhof nicht vorgenommen werden. Arbeiten zur Durchführung von Bestattungen sind davon ausgenommen.
- (4) Während der Bestattungen ist die Vornahme gewerblicher oder störender Arbeiten in der Nähe des Bestattungsortes untersagt.
- (5) Den zur Vornahme gewerblicher Arbeiten Berechtigten ist die Benutzung der Friedhofswege mit geeigneten Fahrzeugen gestattet. Wege und sonstige Anlagen dürfen nicht über das übliche Maß hinaus beansprucht werden.
- (6) Die Arbeitsplätze sind nach Beendigung der Arbeiten wieder in ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. Die Lagerung von Materialien und Werkzeugen ist im Friedhof nicht gestattet.
- (7) Wer unberechtigt gewerbliche Arbeiten ausführt, kann vom Friedhofspersonal aus dem Friedhof verwiesen werden.
- (8) Wer im Friedhof Arbeiten ausführt, ist verpflichtet, alle erforderlichen Sicherheits- und Unfallverhütungsvorschriften zu beachten. Er haftet für alle durch ihn oder seine Bediensteten verursachten Schäden, sowohl der Gemeinde gegenüber als auch gegenüber Dritten.

§ 25 Verkauf vor dem Friedhof

- (1) Auf den der Gemeinde gehörenden Vorplätzen ist jeglicher gewerbsmäßiger Verkauf ohne Genehmigung der Gemeinde (Friedhofsverwaltung) untersagt.
- (2) Erteilte Genehmigungen sind dem Friedhofswärter unaufgefordert vorzulegen.
- (3) Der Verkehr darf durch den Verkauf nicht gestört werden.

§ 26 Anordnungen für den Einzelfall, Zwangsmittel

- (1) Die Gemeinde kann zur Erfüllung der nach dieser Satzung bestehenden Verpflichtungen Anordnungen für den Einzelfall erlassen.
- (2) Für die Erzwingung der in dieser Satzung vorgeschriebenen Handlungen, eines Duldens oder Unterlassens gelten die Vorschriften des Bayer. Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes.

§ 27 Haftungsausschluss

Die Gemeinde übernimmt für Beschädigungen, die durch nicht satzungsgemäße Benutzung der Friedhofsanlagen und -einrichtungen entstehen, und für Schäden, die durch beauftragte dritter Personen oder durch Tiere verursacht werden, keine Haftung. Sie haftet auch nicht für das Abhandenkommen von Sachen aus dem Friedhof. Im übrigen haftet die Gemeinde Genderkingen nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

§ 28 Ordnungswidrigkeiten

Nach Art. 24 Abs. 2 Satz 2 der Gemeindeordnung kann mit Geldbuße belegt werden, wer den Vorschriften über

1. den Benutzungszwang (§§ 2 und 4),
2. über die Pflege und Instandhaltung der Gräber (§ 12),
3. die Errichtung und Gestaltung von Grabmälern (§§ 13 und 14),
4. die Benützung des Leichenhauses (§ 17),
5. die Genehmigungspflicht für Leichenausgrabungen und Umbettungen (§ 22),
6. das Verhalten auf dem Friedhof (§ 23),
7. die Durchführung von Arbeiten auf dem Friedhof (§ 24) zuwiderhandelt.

§ 29 Inkrafttreten

(1) Diese Satzung tritt am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Friedhofs- und Bestattungsordnung der Gemeinde Genderkingen vom 01. Dezember 1966 außer Kraft.

Genderkingen, den 11. Dezember 2014
Gemeinde Genderkingen

Roland Dietz
1. Bürgermeister